

FreiBrief aus Berlin

1/2015



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wünsche Ihnen ein gutes und gesundes neues Jahr 2015! Voller Zuversicht können wir in das neue Jahr starten. Deutschland steht gut da. Dennoch gibt es zahlreiche Herausforderungen, die die Bundesrepublik in den nächsten Wochen und Monaten zu bewältigen hat. Die zahlreichen außenpolitischen Krisen sind nach wie vor hochaktuell. Exemplarisch seien an den Ukraine-Konflikt oder an den grausamen Verbrechen des selbst ernannten „Islamischen Staates“ erinnert. Auch innenpolitisch geht es im neuen Jahr um vieles. Nach dem die Regierungsfractionen in nunmehr 13 Monaten bereits viele Vorhaben umgesetzt haben, werden wir jetzt den Fokus auf die Stärkung der Wirtschaft richten. Wir möchten Bürokratie abbauen, Gründungen von Startups erleichtern, die Digitale Agenda voranbringen und unserem Mittelstand auch im neuen Jahr seine Spielräume erhalten.

In den nächsten Wochen bietet sich mir die Möglichkeit, im Rahmen von Neujahrsempfängen, Firmenbesuchen und vielen anderweitigen Gesprächen mit den Menschen in meinem Wahlkreis und im ganzen Land ins Gespräch zu kommen. Dabei ist es mir wichtig zu erfahren, was die Menschen im Jahr 2015 von der Politik erwarten. Auf die Begegnungen freue ich mich sehr.

Herzlichst

INHALT

<i>Bericht aus Berlin</i>	1
<i>Aktuelles aus dem Wahlkreis</i>	4
<i>Unternehmen müssen in IT-Sicherheit mehr investieren</i>	7
<i>Gewerkschaften setzen falsche Prioritäten beim Zukunftswettstreit um die klügsten Köpfe</i>	8
<i>Auf dem Weg in die Zukunft - Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises verabschiedet Haushalt für 2015</i>	8

www.thorsten-frei.de



Bericht aus Berlin

Bürokratieabbau

Mir fällt in meinen Gesprächen im Wahlkreis, aber auch durch zahlreiche Zuschriften immer wieder auf, dass unsere Unternehmen zu oft und zu stark am bürokratischen Gängelband der Behörden hängen. Umso mehr freue ich mich, dass die Bundesregierung 21 Eckpunkte beschlossen hat, um das bürokratische Dickicht im Unternehmensalltag zu lichten. Die Unternehmen sollen wieder mehr Zeit für das Wesentliche, ihre unternehmerische Tätigkeit aufwenden können. Die zentrale Regelung ist aber zunächst die Einführung der sogenannten „one in, one out“-Regel, von der alle Unternehmen profitieren werden. Im Kern geht es darum, dass es künftig keinen zusätzlichen bürokratischen Aufwand von Seiten des nationalen Gesetzgebers geben wird. Natürlich werden weiterhin Vorgaben an die Unternehmen in Gesetze geschrieben. Allerdings legt die Selbstverpflichtung des Gesetzgebers fest, dass dann in vergleichbarem Umfang bei den bereits bestehenden Pflichten der Unternehmen gestrichen werden muss. Der Berg der Informations- und Nachweispflichten soll sich nicht weiter aufürmen. Besonders wichtig ist mir in dem vorgelegten Maßnahmenkatalog, dass wir die Rahmenbedingungen für die dringend notwendige Zuwanderung internationaler Fachkräfte weiter verbessern. Dazu werden wir die Anerkennung ausländischer Berufs- und Hochschulqualifikationen wie auch Schulabschlüsse an deutschsprachigen Schulen im Ausland weiter verbessern. Darüber hinaus wollen wir die sogenannten „Blue Cards“ über den Kreis der Akademiker auch auf Facharbeiter mit einer nachweislich mindestens fünfjährigen Berufserfahrung ausweiten. Schließlich gibt es bei uns gerade in einigen Ausbildungsberufen, bspw. in der Pflege, einen nachweislichen Mangel. Der vorgestellte Katalog ist für mich eine hervorragende Basis, um den in den letzten Jahren vorgenommen Bürokratieabbau weiter voranzutreiben, der bisher bei den Unternehmen zu Einsparungen von jährlich gut 12 Mrd. Euro pro Jahr geführt hat. Schließlich hat der Abbau von Büro-

kratie nachweislich eine große volkswirtschaftliche Bedeutung. Er sorgt für Impulse bei Wachstum und Investitionen. Er sichert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und ist damit de facto auch ein Konjunkturprogramm, ohne neue Schulden aufnehmen zu müssen. Die Eckpunkte der Bundesregierung finden Sie [hier](#).

Der Meisterbrief ist ein Qualitätssiegel unserer Wirtschaft

Mittlerweile sind auch im Handwerk mehr und mehr Nachwuchssorgen zu spüren. Mehr als 20.000 Ausbildungsplätze konnten in diesem Jahr nicht besetzt werden. Die Anforderungen an den Nachwuchs deshalb einfach abzusenken, wäre aus meiner Sicht jedoch fatal. Schließlich steht unser Handwerk für Qualität. Es hat einen ausgezeichneten Ruf zu verteidigen. Ähnlich verhält es sich mit der Meisterqualifikation, die ein ebensolches Gütesiegel ist. Deshalb wollen wir das bestehende System der zulassungspflichtigen Handwerksberufe erhalten und stärken.



Wir haben uns im Koalitionsvertrag klar dafür ausgesprochen, dass der Meisterbrief nicht durch Maßnahmen der EU beeinträchtigt wird. Dieses Bekenntnis haben wir nun mit einem Beschluss des Bundestages erneuert. Der Meisterbrief ist ein Garant für eine hohe Ausbildungsqualität, weil den künftigen Führungskräften in der Meisterschule über die Fachkompetenz hinaus umfangreiche berufs- und arbeitspädagogische Grundlagen vermittelt werden. Hierdurch wird der Meister zur Weitergabe von Wissen und Fertigkeiten an die Nachwuchskräfte befähigt. Er soll in der bisherigen Form erhalten bleiben. Es wäre ein falsches Signal, unsere nationalen Berufsvorschriften zu lockern, um damit – vermeintlich – den europäischen Binnenmarkt zu

verbessern. Hervorzuheben ist, dass im Handwerk die Hälfte eines Ausbildungsjahrgangs Jugendliche mit Hauptschulabschluss sind. Knapp vier Prozent verfügen über keinen Schulabschluss. Der Anteil derjenigen mit Migrationshintergrund ist überproportional hoch. Die handwerkliche Ausbildung eröffnet hervorragende berufliche Perspektiven. Sie ermöglicht damit auch sozialen Aufstieg und trägt zu gesellschaftlicher Stabilität und Durchlässigkeit bei.

Gesundheitsversorgung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe gestärkt

Die demographische Entwicklung, neue Möglichkeiten der Behandlung sowie unterschiedliche Versorgungssituationen in Ballungsräumen und ländlichen Regionen stellen uns vor neue große Herausforderungen. In den vergangenen Wochen haben wir wichtige Grundlagen dafür geschaffen, dass die medizinische Versorgung gerade auch bei uns wohnortnah und auf höchstem Niveau erhalten bleibt. Das Bundeskabinett haben die Entwürfe für ein Versorgungsstärkungsgesetz, ein Präventionsgesetz und die Eckpunkte zur Neuausrichtung der Krankenhausfinanzierung passiert.



Mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz stellen wir sicher, dass Patienten auch in Zukunft flächendeckend medizinisch gut versorgt werden. Deshalb soll das Gesetz den Verantwortlichen vor Ort mehr Möglichkeiten geben, stärkere Anreize für eine Niederlassung in unterversorgten oder strukturschwachen Gebieten zu setzen. Dazu wird beispielsweise die Einrichtung eines Strukturfonds zur Förderung der Niederlassung geschaffen. Gleichzeitig geht es darum, die Versorgung klug weiterzuentwickeln. Mit einem Innovationsfonds sollen gezielt Projekte gefördert werden, die neue Wege in der Versorgung auf-

zeigen. Neben der guten Versorgung im Krankheitsfall ist es mir ebenso wichtig, die Gesundheit der Bevölkerung zu stärken, um so Krankheiten und damit verbundene Folgekosten möglichst zu vermeiden. Gerade in einer Gesellschaft des längeren Lebens, die zugleich durch einen Wandel der Lebensstile und der Arbeitswelt gekennzeichnet ist, sind gezielte Gesundheitsförderung und Prävention von entscheidender Bedeutung. Sie tragen dazu bei, dass Krankheiten erst gar nicht entstehen oder in ihrem Verlauf positiv beeinflusst werden, dass Menschen gesünder alt werden und dass die Lebensqualität gerade auch mit zunehmenden Alter steigt. Mit dem Präventionsgesetz stärken wir insbesondere die Gesundheitsförderung in Lebenswelten wie Kindertagesstätte, Schule, Betrieb oder Pflegeheim. Die Leistungen für die Gesundheitsförderung werden von uns mehr als verdoppelt, so dass künftig mindestens 500 Millionen Euro im Jahr zur Verfügung stehen. Der dritte wichtige Baustein sind die Eckpunkte für die Krankenhausfinanzierung, die mich besonders mit Blick auf unser neues Schwarzwald-Baar-Klinikum erfreuen. Schließlich sind die Länder jahrelang ihren Verpflichtungszusagen im Bereich notwendiger Investitionsmittel nicht nachgekommen, so dass es in der deutschen Krankenhauslandschaft einen milliarden schweren Investitionsstau gibt. Die Einigung mit den Ländern sieht die Schaffung eines Strukturfonds vor, genau wie Sicherstellungszuschläge für die Versorgung in unterversorgten Gebieten und Zuschläge für spezialisierte Versorgungsangebote. Die Eckpunkte beziehen sich aber nicht nur auf reine Finanzierungsfragen. Vielmehr geht es auch um Aspekte der Qualität der Leistungserbringung im Krankenhaus, die künftig eine deutlich größere Rolle als bisher spielen wird, sowie um die Situation des Pflegepersonals, die mit erheblichem finanziellen Aufwand verbessert werden wird.

Wir haben viel erreicht, aber sind noch lang nicht am Ziel

Am Ende des Jahres verlässt ein Großteil der Bundeswehr Afghanistan. Der 13-jährige Kampfeinsatz der von den Vereinten Nationen mandatierten internationalen ISAF-Truppen in Afgha-

nistan läuft am 31.12.2014 aus. Daran anschließend wird sich die internationale Gemeinschaft, darunter auch Deutschland, weiterhin beratend und auch im Rahmen der zivilen Entwicklungszusammenarbeit engagieren. Die Bundeswehr wird noch mit bis zu 850 Soldaten im Land bleiben, um hoch spezialisierte Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen, die die afghanischen Sicherheitskräfte bisher noch nicht abbilden können. In der letzten Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag das Mandat für die kommende Beteiligung deutscher Soldaten in der Folgemission „Resolute Support“ beschlossen. An der Debatte im Vorfeld habe auch ich mich mit meinen persönlich in Afghanistan gewonnenen Eindrücken und Erkenntnissen beteiligen können. Wir haben nachweislich viel erreicht, wenn auch unbestritten nicht alles gut ist. Vor allem bei der Sicherheit, bei der Korruptionsbekämpfung und bei der weit verbreiteten Vetternwirtschaft gibt es noch erheblichen Nachholbedarf. Ich sehe aber die echte Gefahr, dass die großen, messbaren Errungenschaften in den Bereichen der Menschen- und Frauenrechte, in der Gesundheitsversorgung, bei der Bildung und der Infrastruktur akut gefährdet sind, wenn wir und unsere Partner die Hilfe zu schnell einstellen würden. Das Beispiel des Irak muss uns in diesem Sinne Mahnung genug sein. Von möglichen Rückschritten würde vor allem die Bevölkerung leiden. Gerade aber in den Köpfen der große Masse der jungen, unter 30-jährigen Menschen, die gut 75 % der Bevölkerung ausmachen, hat ein geändertes Denken stattgefunden. Die Jugend will das Leben und das Land selbst gestalten. Sie sehen Demokratie als Chance und wollen nicht wieder zurückfallen in die Zeit des Krieges und des Terrors der Taliban. Deshalb habe ich für die Beteiligung unserer Soldaten an der Folgemission Resolute Support sowie die fortgesetzte spürbare Beteiligung an zivilen Projekten geworben. Die Rede können Sie als Video [hier](#) abrufen.

[Das Wohl des Landes als Maßstab des eigenen politischen Handelns](#)

Auf Einladung der Konrad Adenauer Stiftung habe ich in Berlin in meiner Funktion als Länderberichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Albanien im Europaausschuss und

auch im Auswärtigen Ausschuss kurz vor Weihnachten ein Gespräch mit einer Gruppe albanischer Nachwuchspolitiker der Demokratischen Partei (DP), einer Schwester-Partei der CDU, geführt. Bei dem Gespräch ging es vor dem Hintergrund des weiteren EU-Integrationsprozesses um die Notwendigkeit guter Regierungsführung, die Staatsorganisation sowie die Reformprozesse seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Sozialistische Partei und deren Auswirkungen auf das Land. An dieser Stelle seien spürbare Steuererhöhungen, das Anwachsen des Staatsdefizits, eine Hochschul- wie auch eine Kommunalreform erwähnt.



Für mich steht fest, dass es bei der weiteren Annäherung an die EU auf die Kernthemen Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit ankommt. Der kürzlich von der EU-Kommission veröffentlichte Fortschrittsbericht benennt die Defizite und Notwendigkeiten ganz klar. Da gibt es keine zwei Meinungen. Wenn aber in den genannten Bereichen signifikante Entwicklungen stattfinden, dann werden sich auch die anderen Problemfelder von allein lösen, bin ich mir sicher. Überhaupt geht es für mich weniger darum, wann Albanien EU-Mitglied wird. Vielmehr stehen die selbst erarbeiteten, spürbaren Verbesserungen für die Menschen im Zentrum der Reformbemühungen. Das müssen in erster Linie die Albaner selbst erkennen. Deshalb habe ich immer wieder betont, dass es für die Entwicklung des Landes darauf ankommt, dass die politisch Verantwortlichen – egal welcher Partei sie auch angehören – die eigenen Interessen hinter das Wohl des Landes stellen. Sicherlich werden Fehler immer gemacht werden. Auch die aktuelle Regierung macht reichlich Gebrauch davon. Aber gerade die DP als konservative Volkspartei sollte den Menschen in der Opposition konstruktive Angebote machen, wie es dem Land besser gehen kann. Nur Unzufriedenheit über die Regierung zu äußern, ist schließlich in keinem Land der Welt eine Lösung.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Alltagsprobleme der Asylbewerber vor Ort – Unterwegs in St. Georgen, Villingen und Schwenningen

Durch die Vielzahl an Krisen auf der Welt sind so viele Menschen auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Deshalb hat sich Deutschland bereit erklärt, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Mit diesem Bekenntnis geht jedoch eine sehr große Kraftanstrengung der Landkreise und Kommunen einher, die die Unterbringung und Integration zu stemmen haben. Aus diesem Grund besuchte ich in Begleitung von Landrat Sven Hinterseh kurz vor Weihnachten exemplarisch die drei Gemeinschaftsunterkünfte in St. Georgen, in Villingen und in Schwenningen. In zahlreichen persönlichen Gesprächen, u.a. mit einer fünfköpfigen Familie aus Syrien, einigen Flüchtlingen aus Eritrea und verschiedenen Betreuungskräften, konnte ich mir ein Bild von den Verhältnissen, Bedürfnissen und Problemen vor Ort machen. Eines ist für mich klar: Flüchtlingshilfe ist als Gebot der Menschlichkeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie kann nicht von Einzelnen geschultert werden, sondern muss gemeinschaftlich und vorbehaltlos von allen geleistet werden.



Auch im neuen Jahr werden der Landkreis und auch die vielen ehrenamtlichen Kräfte vor große Herausforderungen gestellt werden. Schließlich wird die zu erwartende Anzahl der Flüchtlinge, aktuell sind es ca. 80 pro Monat, auf absehbare Zeit nicht abnehmen. In diesem Sinne begrüße ich die große Flexibilität der gemeinsamen Initiativen des Landkreises, der Städte und Gemeinden und der kooperierenden Einrichtungen vom Deutschen Roten Kreuz und der Caritas. Aus meiner Sicht geht es in erster Linie darum, schnellstmöglich die sprachlichen Barrieren in

Sprachkursen abzubauen, Kinder zu beschulen, die Integration der Familien voranzutreiben und für ausreichenden Wohn- und Lebensraum zu sorgen. Ein erster Schritt ist bei uns vor Ort getan, ein solides logistisches Fundament ist geschaffen. Auf die vorhandenen Rahmenbedingungen können wir weiter aufbauen. Darüber hinaus werde ich die zahlreichen Eindrücke mit nach Berlin nehmen, um die Rahmenbedingungen zur Lösung der Herausforderungen auch von bundespolitischer Seite weiter zu verbessern.

Am Ende steht schließlich immer der Mensch im Vordergrund – Refugio Villingen-Schwenningen leistet Flüchtlingshilfe vor Ort



Aufgrund der besonderen Herausforderungen, mit denen wir aufgrund immer weiter steigender Asylbewerberzahlen konfrontiert werden, habe ich auf Einladung der Kontaktstelle für traumatisierte Flüchtlinge in Villingen-Schwenningen, Refugio e.V., einen Einblick in das wichtige Arbeitsfeld der Flüchtlingshilfe bekommen. Es kommt eben nicht nur auf eine Unterkunft, Verpflegung und einen Schulplatz an. Vielmehr stehen die Betroffenen oftmals vor ganz individuellen Problemen, bei denen sie auf konkrete, situative Hilfe von Menschen angewiesen sind, die sich in unserer Gesellschaft auskennen. Im Gespräch mit Geschäftsführerin Dr. Astrid Sterzel und der therapeutischen Leiterin Susanne Schupp erhielt ich einen fundierten Rundumblick auf den Alltag der Flüchtlingshilfe und wie die Arbeit des gemeinnützigen Vereins mit Leben gefüllt wird. Für die gewonnenen Eindrücke bin ich sehr dankbar. Allerdings ist auch klar, dass die Instrumente in diesem Bereich erweitert werden müssen. Insbesondere den Aufbau eines institutionenübergreifenden Dolmetscherpools,

um nicht nur kulturelle, sondern auch sprachliche Hürden zu überwinden, halte ich für enorm wichtig.

Einweihung der sanierten Festhalle Oberwolfach

Anlässlich der feierlichen Einweihung der umfassend sanierten Festhalle in Oberwolfach war ich mit einem kurzen Grußwort einer der ersten Gratulanten.



Den Verantwortlichen zollte ich Respekt und Anerkennung für dieses Schmuckstück und lobte gleichzeitig den Mut und die Entschlossenheit, ein Projekt dieser Größenordnung in einer Gemeinde wie Oberwolfach anzugehen und umzusetzen. Mir ist klar, wie schwierig der Bau im Bestand ist und zwar mit all den Unwägbarkeiten, die er so mit sich bringt. Die Gemeinde hat die Herausforderung meisterlich angenommen, das Zentrum der Gemeinde zu stärken und eben nicht auf der grünen Wiese neu zu bauen. Das Projekt über eine Zeitspanne von knapp vier Jahren und einer reinen Bauzeit von 16 Monaten zielstrebig und doch individuell an die Bedürfnisse aller zukünftiger Nutzer anzupassen, ist eine besondere Leistung. Aus meiner Sicht wird zukünftig aller Aufwand durch eine Vielzahl verschiedenster Veranstaltungsformate honoriert werden. Kurz blickte ich auf meinen Antrittsbesuch als Bundestagsabgeordneter für das Obere Kinzigtal Ende März zurück und erinnerte an den damaligen Rohbaucharakter der Festhalle. Die seitdem vollzogenen beeindruckenden Veränderungen machen deutlich, welche Leistung und Energie in eine finanzierbare, nachhaltige Umsetzung dieses Zentrums investiert wurde. Das Blockheizkraftwerk im Keller und die Photovoltaikanlage auf dem Dach sind ein starkes Signal für Nachhaltigkeit und Verantwortungsbewusstsein gegenüber zukünftigen

Generationen. Für mich ist sprichwörtlich die Bühne für eine erfolgreiche Zukunft in Oberwolfach bereitet.

Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz im Wahlkreis: Erstklassige medizinische Versorgung vor Ort

Nach etwa 18 Monaten im laufenden Betrieb besuchte ich in Begleitung der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Annette Widmann-Mauz, das neue Schwarzwald-Baar-Klinikum als Haus der Maximalversorgung zwischen Freiburg und Tübingen. Im Gespräch mit Geschäftsführer Dr. Matthias Geiser, dem ärztlichen Direktor Prof. Dr. Ulrich Fink und dem Chefarzt der integrierten Notaufnahme, Dr. Bernhard Kumle diskutierten wir im Beisein von Landrat Sven Hinterseh ausführlich die zentralen Inhalte des vor kurzem verabschiedeten Eckpunktepapiers der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausreform. Die Bereiche Finanzierung, Qualität und Pflege wurden ebenso thematisiert wie die unbefriedigende Situation der Notfallversorgung im ländlichen Raum des Schwarzwald-Baar-Kreises. Für mich ist klar, dass das Schwarzwald-Baar-Klinikum seine Hausaufgaben gemacht hat. Darüber hinaus waren alle Beteiligten einig, dass neben einer guten stationären Versorgung auch die flächendeckende Versorgung mit Fach- und Hausärzten nicht nur in Notfällen zwingend gesichert werden muss. Beim abschließenden Rundgang konnten Annette Widmann-Mauz und ich uns vor Ort vom Ablauf und den Herausforderungen des Klinikalltages ein Bild machen.



Eine weitere Station an diesem Tage war ein Abstecher nach Bad Dürkheim. Mit acht Rehabilitationskliniken und ca. 1.300 Betten ist die Stadt ein ganz zentraler Standort für die rehabilitative Versorgung im Land Baden-Württemberg. Angesichts der zunehmenden Auswirkungen der demografischen Entwicklung war es mir wichtig,

Informationen und Rahmenbedingungen aus erster Hand zu diskutieren. Unter dem Titel "Quo vadis Rehabilitation" besuchte ich gemeinsam mit Annette Widmann-Mauz das Klinikforum Bad Dür rheim. Detailliert trugen die Vertreter der häufig familiengeführten Kliniken ihre Anliegen vor und nahmen zum vorliegenden Entwurf des Präventionsgesetzes Stellung. Wir diskutierten die Errungenschaften und mittelfristigen Perspektiven des Pflegestärkungsgesetzes I und II und machten deutlich, dass für uns auch weiterhin die Prinzipien „Reha vor Rente“ und besonders „Reha vor Pflege“ einen sehr hohen Stellenwert genießen. Für mich ist Rehabilitation zur Sicherstellung der Teilhabe in Beruf und Gesellschaft besonders wichtig. Wenn man länger gesünder arbeiten möchte, und darauf wird man in einer alternden Gesellschaft mit ständig steigender statistischer Lebenserwartung zunehmend angewiesen sein, ist eine ausreichende Finanzierung und eine wirkungsvolle Kooperation der Maßnahmenträger unabdingbar.



[Im Gespräch mit Ortsvorsteher Schnekenburger: Ortsumfahrung Behla weiter Thema](#)

Die Ortsumfahrung Behla als Teil des vierspürigen Ausbaus der B27 von Donaueschingen Mitte bis an die Schweizer Grenze ist eines der wichtigen Straßeninfrastrukturprojekte in meinem Wahlkreis. Angesichts der noch immer laufenden Priorisierung aller Maßnahmen im gesamten Bundesgebiet für den Bundesverkehrswegeplan 2015 (BVWP) war es dem neuen Ortsvorsteher Behlas, Uwe Schnekenburger, wichtig, aktuelle Informationen aus erster Hand zu bekommen und alle Möglichkeiten für die Zukunft Behlas in Betracht zu ziehen. Die Maßnahme wurde damals an allen anderen Projekten vorbeigezogen und schließlich 2012 aus vollem Lauf zum abrupten Stillstand gebracht. Jetzt kommt sie nach Entscheidung des grünen Verkehrsministers Winfried Hermann in den Priorisierungen der

Landesregierung gar nicht mehr vor. Deshalb war es mir wichtig, den anwesenden Ortschaftsräten um Ortsvorsteher Schnekenburger einen umfassenden Überblick zur gegenwärtigen Situation zu geben. Ausführlich skizzierte ich die Entwicklung des Vorhabens. So war die Ortsumfahrung im BVWP von 2003 noch als vordringlicher Bedarf in "Gruppe 3 - Neubau Bundesstraßen" vermerkt. Eine Planfeststellung liegt seit 2011 vor und die Kosten waren ursprünglich mit 4,8 Mio. EUR angesetzt. Schon in der Landespriorisierung von 2012 für den BVWP 2015 war die Maßnahme nur auf Platz 5 von 20 gelistet, allerdings nicht mehr im vordringlichen Bedarf. Und in der Anmeldung Ende September 2013 ist die Maßnahme zwar noch enthalten, allerdings nicht in der Priorisierung des Landes von Ende November 2013. Daher wird aus meiner Sicht die Ortsumfahrung Behla ohne konzertierte Lobbyarbeit mangels Anmeldung des Landes Baden-Württemberg auf absehbare Zeit nur schwer realisiert werden können. Allerdings braucht Behla entgegen aller Signale aus Stuttgart endlich Planungssicherheit für die örtliche Dorfentwicklung. Wir waren uns einig, die Umsetzung der Maßnahme weiterhin als prioritär zu betrachten und alle Mittel und Wege in Gang zu setzen.



[Jahreshauptversammlung CDU Hüfingen](#)

Im Vorfeld des Mitgliederentscheids zur Wahl des CDU-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2016 war ich bei der Hauptversammlung des CDU-Stadtverbandes Hüfingen zu Gast, um deutlich zu machen, wie wichtig mir die Arbeit an der Basis, in der Kommunalpolitik ist. Ich gab den anwesenden Mitgliedern darüber hinaus einen ausführlichen Einblick in meine Arbeit in Berlin und skizzierte meine Vorstellungen der wichtigsten politischen Weichenstellungen in

Bund und Land im kommenden Jahr. Eingangs machte ich deutlich, dass sich viele Themen in meiner Zuständigkeit im Deutschen Bundestag in diesem Jahr unmittelbar auf den Lebensalltag vor Ort ausgewirkt haben – man denke nur an die Flüchtlinge oder Exporteinbrüche nach Russland. Die Krisen der Welt sind mit dem Ukraine-Konflikt direkt vor unserer europäischen Haustür angekommen. Ich denke, in diesem Umfang sind die Entwicklungen nicht absehbar gewesen. In der Folge erläuterte ich den Mitgliedern aktuelle bundespolitische Themen und sprach über die Kernforderungen der Union, die den Koalitionsvertrag sowie den Alltag in der Koalition maßgeblich prägen. Mit Blick auf den historisch ausgeglichenen Haushalt im kommenden Jahr und angesichts von Rekordsteuereinnahmen und Rekordniedrigzinssätzen hob ich die Leistung der Bundesregierung hervor. Weder gibt es mit uns neue Schulden, noch werden wir in dieser Legislaturperiode Steuererhöhungen vornehmen. Auch eine Vergemeinschaftung der Schulden in Europa wird es mit uns nicht geben. Das ist für mich ein Gebot der Fairness gegenüber zukünftigen Generationen.



Auch zur im nächsten Jahr anstehenden Landtagswahl nahm ich ebenfalls kurz Stellung. Für mich wird erst unter einer CDU-geführten Landesregierung wieder aktiv Politik zum Wohle der Menschen in Baden-Württemberg betrieben werden können. Wir sind als CDU bestens aufgestellt und haben einen kompetenten und hervorragend geeigneten Spitzenkandidaten. Den Wettstreit mit Grün-Rot brauchen wir nicht zu scheuen. Vielmehr bin ich überzeugt, dass die Menschen schon jetzt erkannt haben, dass wir uns staatlich verordneten Stillstand und Rückschritte, wie sie mit einseitiger Bildungspolitik, nicht vorhandener Verkehrs- und Infrastrukturpolitik und einem grob fahrlässigen Umgang mit

den Landesfinanzen zum Ausdruck kommen, nicht länger leisten können und wollen.

Unternehmen müssen in IT-Sicherheit mehr investieren

Unsere vor allem mittelstands- und industrieprägte Region lebt von ihrer Innovationskraft und von der Präzision der angebotenen Produkte und Lösungen. Diese Unternehmenskultur ist einzigartig, weshalb bei uns eine besonders große Anzahl erfolgreicher, in aller Welt bekannter Unternehmen beheimatet ist. Ihr Erfolg beruht auf einer hervorragenden Forschungs- und Entwicklungsarbeit sowie einzigartigen Verfahrens- und Produktionsabläufen. Um auch künftig von diesen Wettbewerbsvorteilen profitieren zu können, müssen diese Alleinstellungsmerkmale und damit verbunden jedes noch so kleine Detail als existenzielles Betriebsgeheimnis bewahrt werden. Kopieren kann schließlich jeder. Und in einer globalen Welt brauchen sich Unternehmen am High-Tech-Standort Deutschland nicht einem Preiswettbewerb mit billiger asiatischer Konkurrenz stellen. Eine KPMG-Studie zur Wirtschaftskriminalität sorgt vor allem mit Blick auf den Bereich der IT-Sicherheit für Sensibilisierung. Die darin enthaltenen Ergebnisse offenbaren in doppelter Hinsicht ein Dilemma, dem sich die Unternehmen so schnell wie möglich in der Praxis stellen müssen. Zum einen unterstreichen die Autoren, dass die Zahl der festgestellten Dateneinbrüche seit der letzten Untersuchung vor zwei Jahren von 24 % auf 30 % angestiegen ist. Es herrscht also eine große Dynamik in diesem Bereich. Zumal davon ausgegangen werden kann, dass die eigentliche Dunkelziffer weitaus größer ist. Wir sehen nur die Spitze des Eisbergs, da Daten nicht entwendet, sondern nur kopiert werden. Vielen Unternehmen fehlen im Moment schlichtweg das Know-How und die Technik, um Angriffe von Konkurrenten zu erkennen oder gar der Cyberübermacht von Staaten widerstehen zu können. Ich wünsche mir, dass die Unternehmen in unserer Region diesem Themenkomplex noch mehr Aufmerksamkeit schenken und Vorsorge leisten. Was sind schon einige zehntausende Euro, wenn Sorglosigkeit im Nachhinein millionen- oder gar milliarden-schwere, nicht mehr zu korrigierende Folgen mit

sich bringt. Lesen Sie [hier](#) mein Pressestatement zu diesem Thema nach.

Gewerkschaften setzen falsche Prioritäten beim Zukunftswettstreit um die klügsten Köpfe

Gerade auch für den Bereich des öffentlichen Dienstes wird der Wettstreit um Fachkräfte zur echten Herausforderung. Es ist davon auszugehen, dass die Gehälter in der Wirtschaft für höher qualifizierte Arbeitnehmer weiter steigen werden. Um also auch für diese Zielgruppe attraktiv zu sein, werden die Länder wie auch der Bund wohl am Ende bei den Gehältern im gehobenen wie auch höheren Dienst noch eine Schippe drauflegen müssen. Daher erachte ich es als falsches Signal, wenn die Gewerkschaften für die unteren Berufsgruppen, die ohnehin im Vergleich zur Privatwirtschaft besser bezahlt und viel besser abgesichert sind, einen Sockelanhebung von 175 EUR im Monat fordert, was ein zweistelliges Lohn-Plus zur Folge hätte.



Mehr zu diesem Thema erfahren Sie [hier](#).

Auf dem Weg in die Zukunft – Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises verabschiedet Haushalt für 2015

Als Vorsitzender meiner Fraktion im Kreistag des Schwarzwald-Baar-Kreises habe ich Mitte Dezember anlässlich der Verabschiedung des

Haushaltsplanes 2015 die Standpunkte der CDU vorgetragen. Insgesamt waren es sehr konzentrierte Haushaltsberatungen. Die CDU-Fraktion traf sich bereits im November zu ihrer traditionellen Haushaltsklausur in Schönwald. Ganz herzlich möchte ich mich bei Landrat Sven Hinse und den Damen und Herren der Kreisverwaltung für die Aufstellung des Haushaltsplanes bedanken. Insgesamt ist es ein Haushalt, der in die Zukunft gerichtet ist. Wir investieren vor allem in Zukunftsprojekte. Die CDU-Fraktion wird weiterhin alles dafür tun, dass die Rahmenbedingungen für die Menschen in unserer Region noch besser werden.



(Bildquelle: Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis)

Meine komplette Rede können Sie [hier](#) nachlesen.

Informationen über meine Arbeit
finden Sie auch auf www.thorsten-frei.de.

Thorsten Frei MdB

Abgeordneter des Wahlkreises Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal



Bundestagsbüro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73 972
Fax: (030) 227 76 972

Wahlkreisbüro

Justinus-Kerner-Str. 5
78048 Villingen-Schwenningen
Tel.: (07721) 99 535 44
Fax: (07721) 99 535 45

E-Mail: thorsten.frei@bundestag.de
Internet: www.thorsten-frei.de
facebook: www.facebook.de/ThorstenFreiCDU